

Voraussetzungen und Folgen, Chancen und Gefahren – Zeit für eine ergebnisoffene emanzipatorische Strategiebewertung des Bedingungslosen Grundeinkommens

Marco Pompe, 27.02.2016

In der institutionellen und aktivistischen Linken wird zunehmend über das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) gesprochen und geschrieben, und es scheint üblich, dazu klare Stellung zu beziehen. Die Geschichte dieser Auseinandersetzung ist mittlerweile recht lang und füllt Bücher (1). Und sie scheint sich aktuell zu verstärken - im Anschluss an die Diskussionen über die Folgen der Industrie 4.0 für den Arbeitsmarkt, und den Nachrichten von einem Grundeinkommensexperiment in Finnland, einer kommenden Volksabstimmung in der Schweiz (2), sowie spendenbasierten Sozialexperimenten (3). Bestimmt wird die Debatte durch überzeugte Verfechter_innen. Sie argumentieren mit beeindruckenden Voraussagen über den Effekt einer solchen radikalen Reform (4) – Voraussagen über eine Zukunft, die nicht ungewisser sein könnte. Auf der anderen Seite versuchen Gegner_innen die Argumente mit wiederum negativen sozialpolitischen Voraussagen über die Wirkung des BGE (5), oder mit neomarxistischer Fundamentalkritik zu widerlegen (6). Die Kritik prallt jedoch ab, weil sie abhängig von den Grundlagen, nicht mehr oder weniger evident ist, als die theoretischen Voraussagen der Befürworter_innen, und, weil es einen emotionalen Graben zwischen den Hoffnungswilligen und Berufsskeptiker_innen zu geben scheint. Tatsächlich gibt es auch moderate Haltungen auf beiden Seiten, und auch journalistische Texte scheinen weniger anfällig für festgefaßte Parteinahme, kratzen aber nur an der Oberfläche einer politischen Idee, die so tief wie keine andere in die Verhältnisse eingreifen will. Es geht ums Eingemachte. Und deshalb braucht es eine intensive Zusammenarbeit von skeptischen und hoffnungsvollen Stimmen, wie sie bereits in Ansätzen zu beobachten ist (7) – eine ergebnisoffene, aber im emanzipatorischen Sinne konsequent politische Betrachtung von Voraussetzungen und Folgen, Chancen und Gefahren.

Offenheit in der Risikoabschätzung

Nehmen wir das aktuelle Konzept für ein „Emanzipatorisches BGE“ der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Grundeinkommen der Partei Die Linke von 2013 (7) als Beispiel für ein von Vielen durchdachtes und sorgsam durch gerechnetes Modell. Das BGE wird hier als Mittel zur gesellschaftlichen Transformation in Richtung Überwindung „kapitalistischer und patriarchaler Herrschaftsverhältnisse“ vorgestellt, steht also im Rahmen einer ausdrücklich emanzipatorischen Agenda, die schließlich auch den Rahmen für die Argumentation in diesem Text bildet. Die emanzipatorische Wirkung des BGE soll konkret werden durch die Ermächtigung der Lohnarbeitenden im Kampf um bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen, schließlich könne sich so das „Lohnniveau [...] jenseits der klassischen Verwertungslogik, entwickeln (7, S.29)“ - jene Kernthese, die von neomarxistischen Wertkritiker_innen allerdings vehement bestritten wird (6). Weiterhin ist die Wirkung des BGE folgend beschrieben:

„Durch die veränderte Lohnstruktur und Arbeitsmotivation würde auch der Druck steigen, unattraktive Tätigkeiten durch den Einsatz von Technik wegzurationalisieren und vermehrt solche bezahlte Tätigkeiten zu schaffen, die Sinn stiften, Spaß machen und ökologisch wertvoll sind. Auch wäre niemand mehr ökonomisch von anderen Menschen abhängig und könnte sich selbst beruflich so engagieren, wie sie bzw. er es möchte. Vor allem Frauen und Alleinerziehenden würde das BGE diesbezüglich mehr Freiraum ermöglichen. (ebd.)“

Wenn dies so und mit Sicherheit eintreten würde, scheint ein emanzipatorischer Charakter dieser Transformationsstrategie naheliegend. Statt auf die einzelnen Punkte einzugehen, steht hier aber ein allgemeineres Problem im Vordergrund: Ob und wie weit sich diese oder jene Wirkung einstellen wird, kann nicht nur durch die Debatte über das mutmaßliche Potential eines Konzeptes unter optimalen Bedingungen erwogen werden. Vielmehr sind verschiedene Szenarien zu bedenken, bis hin zu den ungünstigsten Umständen, damit ein umfangreiches und differenziertes Bild entsteht, und wir ein Gespür dafür bekommen, wann ein BGE sinnvoll und wann es möglicherweise gefährlich wird. Die implizite Annahme, dass es schon gut wird, allein weil es gegebenenfalls möglich geworden ist das BGE einzuführen, ist höchst fraglich. Was

nach einem Erfolg einer solchen Kampagne passiert ist keineswegs sicher. Das Konzept der BAG-Grundeinkommen reflektiert selbst die Bedingtheit in der Einleitung:

„Allerdings sind flankierende Maßnahmen, wie ein gesetzlicher Mindestlohn, gesetzliche und tarifpolitische Instrumente zur Umverteilung von Erwerbsarbeit, gleicher Lohn für gleiche Erwerbsarbeit von Frauen und die geschlechtergerechte Umverteilung der notwendigen Arbeit jenseits der Erwerbsarbeit nötig (S.26).“ „Das BGE ist kein Allheilmittel. Dennoch [...] (S.29)“

Ein wenig später ist jedoch zu lesen, dass die Einführung eines BGE die Umsetzung dieser flankierenden Maßnahmen gleichwohl befördern würde. Das BGE selbst wird ins Zentrum einer Transformationsstrategie gerückt, als Meilenstein und der große Bruch, hin zu einer postkapitalistischen Welt - ein konkretes, mittelfristiges Ziel und ein schöner, Hoffnung spendender Gedanke. Aber stimmen die Annahmen, auf denen er basiert? Es scheint vielmehr nichts ist bedingter als die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen eines bedingungslosen Grundeinkommens. Die Frage was passiert, wenn zum Beispiel eine dieser flankierenden Maßnahmen nicht umgesetzt werden kann, wird in dem Konzept mit keiner Silbe bedacht.

Auch andere Risiken werden von vielen Befürworter_innen eher mit Hilfe von weiteren wundervollen Voraussagen weg diskutiert, anstatt sie ernst zu nehmen. Im Unterschied zu Namibia, wo jüngst ein mehrjähriges vielversprechendes BGE Experiment beendet wurde, haben hierzulande viele von Transferleistungen abhängige Menschen etwas zu verlieren. Das hiesige Sozialsystem ist schließlich *auch* durch die vielen erkämpften Rechtsansprüche so komplex geworden. Es sollte wohl halbwegs sicher gestellt sein, dass ein emanzipatorisches BGE nicht aus politischen und volkswirtschaftlichen Gründen nach der Einführung wieder unter die Armutsgrenze gedrückt wird, bzw. eine durch Feuerwehr-Geldpolitik ausgelöste Inflation das Grundeinkommen auffrisst. Der Weg zurück wäre womöglich, wenn nicht komplett versperrt, so doch sehr schwierig und wenig vorteilhaft für die ärmere Bevölkerung, die sich die erwähnten Rechtsansprüche von neuem erkämpfen müsste. Im Übrigen dürften sich auch viele Klein- und Mittelständische Unternehmer_innen (KMU) fragen, ob ihr Geschäft einen solchen radikalen Eingriff in den Arbeitsmarkt überstehen würde. Wie viel oder wenig einem die Interessen der KMU auch bedeuten mögen, ein plötzliches, starkes Wegbrechen der Wirtschaftskraft als eine weitere mögliche Folge der Einführung eines BGE wäre auch für eine radikal linke Regierung keine gute Handlungsgrundlage. Diese kurze Aufzählung von Schreckensszenarien ist überall mit Fragezeichen versehen. Sie soll lediglich veranschaulichen, wie wichtig eine ergebnisoffene Bewertung ist, da auch linke Regierungen nur sehr begrenzte Möglichkeiten zur Bewältigung solcher Krisen haben. In dem Konzept der Bundesarbeitsgemeinschaft in Der Linken werden neben den vielen wunderbaren Aussichten, die es sicher auch zu bedenken gilt, sogar schwerwiegende Probleme, wie etwa eine längerfristige Rezession thematisiert. Nur, sie werden sogleich wieder vom Tisch gefegt - mit dem Verweis auf nicht genannte „weitere Maßnahmen“, welche in diesem Fall ergriffen werden müssten (S.41).

Kräfteverhältnisse

Dies weist zu der nächsten Herausforderung: eine Abwägung der Handlungsspielräume und Entwicklungspotentiale verschiedener Akteure und gesellschaftlicher Gruppen. Dazu gehört eben nicht nur die institutionelle und aktivistische Linke. Zu Bedenken sind auch die vordergründig auf ihren Wohlstand und ihre Sicherheit bedachte sogenannte Mitte der Gesellschaft, die sich durch alle Schichten zieht und einen Großteil der Funktionseliten in der Wirtschaft und Verwaltung stellt. Es kann nicht nur um die Suche nach Wegen gehen, diese mächtige 'Mitte' vom BGE zu überzeugen, beispielsweise durch Modellrechnungen, in denen selbst noch Einkommen bis 7000,- Euro/Monat mit einer positiven Bilanz dastehen (7, S.32). Bedacht werden muss, wie es um deren Risikobereitschaft zur solidarischen Krisenbewältigung bestellt ist, bzw. ob aus dieser Gruppe möglicherweise starke Schwankungen in der Präferenz für entweder autoritäre oder emanzipatorische Pfade zu erwarten sind. Kein Zweifel hingegen sollte über das Weiterbestehen rechter und extrem rechter Bewegungen und Organisationen bestehen. Daraus ergibt sich die Frage, wie weit diese eventuell ebenfalls von einer politischen Aktivierung durch das BGE profitieren könnten (Vgl. K. Kipping, 7, S.14). Eine Vermeidung bestimmter Fragen aus strategischen Gründen ist nachvollziehbar, da sie innerlinke Konflikte regelrecht herauf beschwören können. Aber, wenn BGE Befürworter_innen es ernst meinen mit dem emanzipatorischen Charakter ihres Konzeptes, müssen sie sich die Frage stellen, ob sie ein

BGE auch unter Umständen wünschen, in denen dieser Charakter verloren geht – wie etwa durch einen Regierungswechsel.

Zudem stellt sich die Frage, was Emanzipation eigentlich bedeutet (9). Ein breites Bündnis für ein emanzipatorisches BGE erfordert eine gemeinsame, solidarische, ermächtigende Reflexion der BGE Konzepte. Diese wiederum bedarf einer gemeinsamen Grundlage, einen gemeinsamen politischen Horizont. Wir brauchen also eine weitere Debatte, die mit jener um das BGE und anderer linker Transformationskonzepte verknüpft werden muss. Im Kern einer solchen Konvergenz-Debatte könnten die Begriffe Herrschaft und Emanzipation stehen (10). Allerdings wirft dies einige schwierige Fragen auf, unter anderem: Wie kann und muss das Projekt der allgemeinen Emanzipation heute formuliert werden, um eine gemeinsame Grundlage für linke Bewegungen zu sein? In welchem Verhältnis stehen also die allgemeine Emanzipation von allen Verhältnissen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, geknechtetes Wesen ist, und die vielen partikularen Emanzipationsbestrebungen? Die Emanzipation bestimmter Gruppen scheint in manchen Fällen regelrecht vom Kapitalismus befürwortet. 'Zweite-Welle-' wie Queerfeminist_innen haben zum Beispiel mit neoliberalen Tendenzen in den eigenen Reihen zu kämpfen. Einen ähnlichen Konflikt gibt es auch unter den Befürworter_innen für ein BGE, welcher den Hintergrund für die Namensgebung des neuen Konzeptes der BAG Grundeinkommen bilden dürfte. Das *emanzipatorische* BGE soll sich klar von neoliberalen Konzepten abgrenzen. Es wird davon ausgegangen, dass Emanzipation als Gegenteil von Neoliberaler Politik verstanden wird, bzw. dass in der institutionellen und aktivistischen Linken alle wissen, was Emanzipation bedeutet und eine solche als wünschenswert empfinden. Tatsächlich wird dieser Begriff in der Breite aber sehr unterschiedlich verwendet: zur Beschreibung individueller Ermächtigung [I], für bestimmte Umgangsformen [II], für erkämpfte Freiräume und Gesetzesänderungen [III], sowie eben auch für die allgemeine Befreiung von herrschaftlichen Strukturen [IV] (11). Wenig nützlich wäre, die eine Definition für richtig und die anderen für falsch zu erklären – da sie offensichtlich alle etwas mit Befreiung zu tun haben. Die Frage ist also eher, wie diese Ebenen zusammen gedacht werden können, als Grundlage für eine gemeinsame emanzipatorische Agenda - als einen politischen Horizont, mit dem wir zielführend und ergebnisoffen politische Strategiedebatten führen können. Es gilt heraus zuarbeiten, wie weit die 4 Ebenen von Emanzipation, bzw. die verschiedenen emanzipatorischen Bewegungen letztlich aufeinander angewiesen sind, um zu verhindern, dass sie sich gegenseitig das Wasser abgraben, oder noch besser, um in Zukunft ein gemeinsames politisches Projekt zu verfolgen, in dem das eine emanzipatorische Teilprojekt von der Stärke der Anderen profitieren können. Statt eines Zurechttiebens der Realität zum Nutzen des eigenen Lieblingsprojektes müsste sich in den Debatten um linke Strategien eine gelassene aber intensive Diskussionskultur mit radikaler Kritik- und zugleich Konvergenzfähigkeit durchsetzen. Ein emanzipatorisches BGE ist also auch in dieser Hinsicht deutlich voraussetzungsvoller als die liberalen Konzepte. Es erfordert eine belastbare Allianz an den Start zu bringen, die auch ggf. nach Einführung stark genug ist, den gesellschaftlichen Wandel emanzipatorisch zu prägen. Ein zweifellos hoher Anspruch, der mit einer Klärung einiger Grundlagen aber nicht gänzlich unmöglich scheint (12).

Zeithorizonte

Zeit ist für Transformationsstrategien ein enorm wichtiger Faktor, der ein besonderes Augenmerk verdient. Einen möglichen Weg den Zeitfaktor in eine politische Strategiebewertung mit einzubeziehen bietet zunächst die grobe Unterscheidung in reaktive und proaktive Politik, also in diesem Fall die Reaktion emanzipatorischer Kräfte auf tagespolitische Ereignisse und gesellschaftliche Trends auf der einen Seite, und jene politische Arbeit, die versucht selbst ein Schritt voraus zu sein, einen gesellschaftlichen Trend zu erzeugen. Diese Unterscheidung ist sicher nicht immer ganz eindeutig und soll auch nicht die eine oder andere Politikform als wichtiger einordnen. Es geht schlicht darum, dass wir uns andere Fragen in der Bewertung von reaktiven und proaktiven Strategien stellen müssen. In der Reaktion auf die vielfältigen Ereignisse und Trends entscheiden wir auf Grund von Befürchtungen – proaktive Strategien sind eher mit Hoffnungen verbunden. Hinzu kommt: Kontext und politische Relevanz sind leichter zu erfassen, wenn die Ereignisse bereits stattgefunden haben, als wenn Neuland betreten werden soll. Zudem ist es in der Regel deutlich einfacher ein breites emanzipatorisches Bündnis *gegen* etwas zu schmieden - auf der Basis eines kleinsten gemeinsamen Nenners - als *für* ein neues politisches Projekt. Nicht zuletzt gibt es auch den Aspekt von verursachender Verantwortung für die Konsequenzen politischen Handelns. In reaktiver Politik liegt diese tendenziell beim politischen Gegner, oder bei unbeabsichtigten sozialen Prozessen oder Naturgewalten. Proaktive Kampagnen wollen selbst etwas Neues verursachen, und übernehmen in viel größerem Maße

Verantwortung für die gesellschaftliche Entwicklung. Das emanzipatorische BGE gehört recht eindeutig zu der proaktiven Kategorie, und eine mögliche Konsequenz aus diesen Aspekten wäre, dass wir lernen das BGE deutlich zu unterscheiden - etwa von Abwehrpolitik gegen die Zwangsmaßnahmen von Hartz IV, für die ein viel überschaubarer Kontext von Ursache und Wirkung zu bedenken ist, für die keine weitreichenden Hoffnungen geweckt müssen, die keine umfassende Vision und keine Gesellschaftstheorie braucht, und schließlich, für die sich verantwortungsvoll handelnde Emanzen ohne großes Zögern engagieren können, da es hier lediglich um die Rücknahme eines Angriffs auf die ärmere Bevölkerung geht. Andersherum erscheint das BGE hier als eine politische Strategie mit besonders hohen Hürden, was nicht grundsätzlich gegen ein Engagement dafür spricht, welche es aber auf jeden Fall gründlich zu bedenken gilt.

Noch eine weitere strategische Unterteilung quer zu jener in Aktion und Reaktion soll der Leser_in zugemutet werden: Den Zeithorizont in kurz-, mittel- und langfristige politische Ziele zu gliedern ist für die strategische Bewertung ebenfalls sehr nützlich. Kurzfristige Ziele wären solche, die sich im Rahmen einer mitunter mehrjährigen Kampagne mutmaßlich erreichen lassen, vom Bau neuer Sozialwohnungen bis hin zur Verhinderung eines dubiosen transatlantischen Freihandelsabkommens. Mittelfristige emanzipatorische Ziele sind immer noch konkret in Kontext, Phasen und Ergebnis, aber der Zeitrahmen für die Zielerreichung kann nicht mehr erfasst werden – wie in etwa für die Abschaffung des Dreigliedrigen Schulsystems oder für den vollständigen Wechsel zu erneuerbaren Energien. Langfristige Ziele hingegen beziehen sich in diesem Schema auf den grundsätzlichen Wandel von allgemeinen gesellschaftlichen Trends und Strukturen. Sie sind abstrakt in der Negation von Herrschaft, sowie in der Vision von einer Welt, in der der Mensch kein geknechtetes, erniedrigtes Wesen ist, und sie sind höchst wahrscheinlich nie vollständig erreichbar. Langfristige Ziele schaffen Orientierung, geben dem konkreten politischen Handeln eine Richtung. Emanzipatorische Ziele in dieser Kategorie wären etwa die Gleichberechtigung aller Geschlechter, oder das Ende der Klassenherrschaft. Die Einordnung des emanzipatorischen BGE in dieses Schema ist vermutlich eine Streitfrage, und im hohen Grade abhängig von der Einschätzung der bereits andiskutierten Bedingtheit durch andere politische Projekte. Obwohl vieles für eine mittelfristige Strategie spricht, gibt es politische Kampagnen, gemeint ist vor allem jene in der Schweiz, die eine Volksabstimmung erzwingen, als wäre es eine geradezu tagespolitische Notwendigkeit. Gehen wir davon aus, dahinter steckt nicht eine komplette Fehleinschätzung der aktuellen Lage und Kräfteverhältnisse, sondern diskurspolitisches Kalkül, das heißt, die Absicht, mit einer solchen Kampagne eher einen Wertewandel zu bewirken, als eine tatsächliche Änderung des Wohlfahrtssystems. Auch wenn dies in einem bestimmten Maße gelingt, bleibt zu bedenken, welche Konsequenzen ein solches doppeltes Spiel für die Zukunft des emanzipatorischen BGE in der Schweiz hat. Es scheint, durch den beinahe populistischen Charakter fehlt es der Schweizer Kampagne in besonderem Maße an analytischer Tiefe und Verwurzelung in der linken Basis. Wie im ganzen Text soll hier eine gründliche Bewertung aber nicht vorweggenommen werden. Das Ziel ist eine notwendige methodische Bereicherung der Debatte, um eine allgemeine Offenheit in der Risikoabschätzung, um ein gründliches Abwägen der Kräfteverhältnisse und eine sinnvolle Einordnung in einen strategischen Horizont.

Die Zeit von wirkungsvollen Beschlüssen in Parteizirkeln über die Haltung zu dieser oder jenen Frage geht in vielen Ecken der Welt zu Ende. Es braucht heute zunehmend eine basisnahe, öffentliche Diskussion, um Mehrheiten zu schaffen, und das gilt im besonderen Maße für die emanzipatorischen Kräfte. Damit ein durch die Basis getragener Meinungsfundungsprozess keine Entscheidungen hervorbringt, die womöglich noch unüberlegter sind, als jene der kleinen Machtzirkel, sollte in diesen Debatten nicht blind vor Liebe und auch nicht mit angstvollem Alarmismus argumentiert werden, sondern mit Besonnenheit die Entscheidungskompetenz in breiten Schichten der Bevölkerung gefördert werden. Eine differenzierte Betrachtung von Ursachen und Wirkung und die Diskussion von politischen Zielen sollten nicht durch die Festlegung auf überzogene Hoffnungen behindert werden. Was das BGE im besten Fall bewirken soll scheint wenig umstritten. Was es tatsächlich bewirken kann umso mehr. Das liegt vor allem an ungeklärten Bewertungsgrundlagen, zum Beispiel in Bezug auf die langfristige politische Agenda. Aber auch die Bedingungen unter denen das emanzipatorische BGE die gewünschte Wirkung entfalten kann, werden bisher nur oberflächlich behandelt. Diese bilden aber die Knackpunkte und gehören selbstverständlich zu den zentralen Kriterien für eine ergebnisoffene Bewertung. Weitere unvoreingenommene Fragen müssen in diesem Zusammenhang durchdacht und für die je aktuellen Umstände beantwortet werden: Welche anderen politischen Ziele müssen womöglich zuvor erreicht sein – und in welchem Verhältnis steht das BGE zu diesen? Welche Art von Risiken sind akzeptabel und in welchem Ausmaß? Derzeit verläuft die öffentliche Debatte allerdings entlang des binären Konfliktes für oder wider das BGE und wird im Angesicht dieser komplexen Debatte überwiegend emotional entschieden – Aufgrund von Hoffnungen, oder Befürchtungen.

Doch weder eine undifferenzierte Haltung noch eine voreilige Bauchentscheidung sind wirklich sinnvoll. Stattdessen wäre der Versuch einer realistischen Einbettung des BGE in eine weitreichende emanzipatorische Agenda von Nöten. Das ist mit Sicherheit möglich, auch wenn es bedeuten mag, dass das emanzipatorische BGE nur unter bestimmten Umständen wirklich sinnvoll Umzusetzen ist. Insgesamt ist eine solche Herangehensweise natürlich eine enorme Herausforderung, die jedoch auch über das konkrete Thema BGE hinaus positive Nebenwirkungen auf das allgemeine emanzipatorische Projekt haben dürfte.

Der Autor arbeitet und engagiert sich in sozialen Projekten und politischer Bildung in Berlin und betreibt die Seiten <http://herrschaftskritik.org> und <http://crill.me>.

email: marco.pompe@jpberlin.de

1 z.B. Blaschke/Otto/Schepers (Hg.): Grundeinkommen. Geschichte – Modelle – Debatten. Karl Dietz Verlag, Berlin 2010 (als PDF online unter <http://www.rosalux.de/publikationen.html>)

2 <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/nach-davos-diskutieren-wieder-alle-einbedingungsloses-grundeinkommen-14052661-p2.html>

3 <http://mein-grundeinkommen.de>

4 diverse f.a.q., auf Kampagnenseiten, z.B. <http://buergerinitiative-grundeinkommen.de>

5 z.B. Butterwegge (2013) Krise und Zukunft des Sozialstaates. Springer VS

6 z.B. <http://gegenstandpunkt.de/radio/2006/ga060130.htm> sowie in moderater Form:
<http://krisis.org/2007/widerspruch-und-praxis/>

7 Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen (2013) Vollständig überarbeitete Auflage mit neuem Konzept. Zum Download auf: <http://die-linke-grundeinkommen.de>

8 <https://sanktionsfrei.de/>

9 http://www.inkrit.de/e_inkritpedia/e_maincode/doku.php?id=e:emanzipation

10 Boltanski/Fraser/Corcuff (2014) Domination et emancipation. pour un renouveau de la critique sociale. Presses universitaires de Lyon

11 <http://herrschaftskritik.org/index.php/2015/10/29/was-bedeutet-emanzipation/>

12 <http://herrschaftskritik.org/index.php/2015/12/11/emanzipation-eine-politische-einbettung/>